

# apflspalten

Zeitung der aktiven PflichtschullehrerInnen – unabhängigen GewerkschafterInnen

12/2018



## Inhalt

Zurück in die Zukunft

Seite 2

Pädagogik-paket

Seite 2

Deutsch-förderklassen

Seite 5

Respekt für LehrerInnen

Seite 6

Inklusion in Südtirol

Seite 6

Schul-parlament an einer VS

Seite 8

## Vorwort

### Zurück in die Zukunft

Das wäre wohl ein treffendes Motto unter das man die derzeitige Schulpolitik stellen müsste.

In dieser Ausgabe der apflspalten finden sich einige Aspekte, die den bildungspolitischen Weg, der unter der derzeitigen Regierung eingeschlagen wurde, zurecht kritisch beleuchten. – Aber bei weitem nicht alle!

Sicher ist jedenfalls, dass an den Schulstandorten Unsicherheit herrscht.

Der Umbau der gesamten Administration in die Bildungsdirektion erscheint vielen KollegInnen und Betroffenen unklar und unübersichtlich. Wie geht es weiter, wenn es keine Inspektionsbezirke, sondern Bildungsregionen gibt? Wie viele solche Bildungsregionen wird es in Wien geben? Was bedeutet das für die Position der Personalvertretung? Bis jetzt gibt es dazu noch keine klaren Antworten.

Ja und dann wäre da noch die Stellung der SchulleiterInnen, die durch die Schulautonomie gestärkt wurde. Wie autonom sie in ihren Entscheidungen agieren, wird sich bald zeigen. Man kann nur darauf hoffen, dass die wichtige Zusammenarbeit mit den LehrerInnen nicht unter die Räder kommt. Im Konfliktfall ist die Personalvertretung jedenfalls gefordert! Wir denken schon sehr lange, dass eine Personalvertretung an jeder Schule nötig ist. Jetzt erst recht!

Überhaupt geht die Entwicklung der Schule in Richtung Restriktion – und damit meine ich nicht nur die Sanktionen gegen das Schulschwänzen, sondern auch Ziffernnoten in den ersten Schuljahren (unter Verwendung von exakt auszufüllenden „Beurteilungsrastern“). Erstaunlich ist jedenfalls für mich, dass alle Ergebnisse der letzten Jahre auf dem Gebiet der Bildungswissenschaft von unserem Bildungsminister mit der Aussage, dass „das im Regierungsübereinkommen so vereinbart wurde“, vom Tisch gewischt werden. Kommt er nicht selbst aus dem Bereich der Wissenschaft? Sind wissenschaftliche Erkenntnisse jetzt so wenig wert?

Womit wir bei dem Problem der Umsetzung der Deutschförderklassen angelangt wären: Überhastet ohne genaues Konzept der Umsetzung bzw. Kriterien der Zuordnung (Standardisierte Tests sind in Entwicklung!?! Lehrpläne sind in Entwicklung!?!). Ohne Rücksicht auf die Platznot an Wiener Schulen. Früher nannte man solche Konstrukte „Ghettoklassen“, deren Einrichtung tunlichst zu vermeiden sei, was SprachwissenschaftlerInnen immer wieder sehr deutlich artikulieren! Betreut werden diese „Klassen“ von KollegInnen, deren Fähigkeiten wohl mit „überirdisch“ einzuschätzen sind, in Anbetracht ihrer Zusammensetzung aus Kindern unterschiedlicher Altersstufen, unterschiedlicher Muttersprachen, unterschiedlicher kultureller Hintergründe, Analphabeten und ohne Abgeltung für die Tätigkeit der Klassenführung (rechtlich sind diese „Klassen“ Gruppen!)

Zuletzt noch: Natürlich setzt der Bildungsminister (wohl aus Parteiräson?! ) auf strenge Selektion. So rückt eine gemeinsame inklusive Schule mit ausreichender Finanzierung wieder ein Stück weiter weg.

Bildung kostet! Aber sie ist es wert!



**Gaby Bogdan**

apflug - Personalvertreterin 6.IB,  
ZA-Mitglied

## Thema

### ÖLI-UG: "Pädagogikpaket 2018 ignoriert zentrale Ergebnisse der Bildungsforschung"

#### • Leistungsbeurteilung

Mehrere Maßnahmen zielen darauf ab, Ziffernnoten wieder stärker in unseren Schulgesetzen zu verankern. Wir kritisieren, dass damit zentrale Ergebnisse der Bildungsforschung ignoriert werden. Es wurde vielfach belegt, dass eine Objektivität, Reliabilität und Validität für eine Leistungsbeurteilung mit Ziffernnoten nicht nachgewiesen werden kann. Vor diesem Hintergrund ist nicht

nachvollziehbar, dass ausgerechnet die Ziffernoten im vorliegenden Gesetzesentwurf favorisiert werden.

Darüber hinaus sehen wir als in der Praxis stehende LehrerInnen auch, dass mit der Wegnahme der Entscheidungsmöglichkeit im Klassenforum ab der zweiten Klasse auch die Motivationslage von LehrerInnen stark belastet wird. In die Entwicklung von alternativen Leistungsbeurteilungssystemen wurde bisweilen jahrelang erheblich Zeit und Engagement investiert. Im vorliegenden Entwurf ist eine Alternative Leistungsbeurteilung nach Klassenforumsentscheid nur mehr in der 1. Klasse und im ersten Semester der 2. Klasse möglich. Diese Regelung bedeutet in der Praxis, dass auch im ersten Semester der 2. Klasse von den Lehrpersonen Aufzeichnungen geführt werden müssen, die eine Ziffernotenbeurteilung für das gesamte Schuljahr (Jahreszeugnis) rechtfertigen. Eine Schwerpunktsetzung auf Rückmeldungen in Form der alternativen Leistungsbeurteilung wird dadurch bereits für das erste Semester der 2. Klasse erschwert. Der qualitative Vorteil einer solchen zeitlichen Mehrbelastung, die sich nicht zuletzt aus dem erforderlichen dauernden Paradigmenwechsel zwischen den Beurteilungssystemen ergibt, ist nicht ersichtlich. Wir plädieren dafür, dass die alte Regelung – alternative Leistungsbeurteilung bis zum Ende der 3. Schulstufe, nach Befürwortung des Klassenforums - beibehalten wird.

Dieser Logik folgend empfehlen wir außerdem, davon abzusehen, dass auf Verlangen der Erziehungsberechtigten zusätzlich zur Information über den Lern- und Entwicklungsstand eine Schulnachricht auszustellen sei. Der alternativen Leistungsbeurteilung geht ein Klassenforumsbeschluss voraus. Dass dieser mit einem Antrag unterlaufen werden kann, widerspricht unserem demokratischen Grundverständnis.

Auch umgekehrt sehen wir in der parallelen Anwendung von zwei Beurteilungssystemen keine Vorteile. Wir empfehlen daher, auf die folgenden Bestimmungen im Gesetzesentwurf zu verzichten:

In der Primarschule ist dem Zeugnis eine schriftliche Erläuterung hinzuzufügen. In der Sekundar-

stufe kann das Klassen- oder Schulforum beschließen, dass dem Zeugnis eine schriftliche Erläuterung hinzuzufügen ist. Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger bürokratische Verpflichtungen, denn diese gehen auf Kosten der Zeit für die Kinder und die Vorbereitung auf den Unterricht.

Die ergänzende differenzierte Leistungsbeschreibung EDL muss künftig nicht nur eine verbale Beschreibung der Leistungsstärken, sondern auch die Lernfortschritte enthalten.

## Organisation der (Neuen) Mittelschule

Es gibt gute Gründe die Organisationsstruktur der Sekundarstufe I kritisch zu hinterfragen. Man könnte etwa die Notwendigkeit der stärkeren Durchmischung aller 10 bis 14-jährigen Kinder in Erwägung ziehen und die AHS-Unterstufe als Pflichtschule deklarieren, anstatt die Mehrzahl jener Herausforderungen, die über das reine Unterrichten der Gegenstände hinausgehen, den alten oder neuen Mittelschulen bzw. Sonderschulen zu überlassen. Diese Überlegung wird im vorliegenden Entwurf nicht angestellt.



Viele HauptschullehrerInnen sind ihrem Empfinden nach über Nacht LehrerInnen von Neuen Mittelschulen geworden und sehen sich jetzt mit einer weiteren grundlegenden Umgestaltung ihres Arbeitsfeldes konfrontiert. Dabei geht es für die Lehrpersonen nicht ausschließlich darum, die neuen gesetzlichen Regelungen korrekt umzusetzen, sie werden auch gefordert sein, die Neuerungen den Eltern ihrer SchülerInnen zu erklären. Die rasch aufeinander folgenden weitreichenden Umgestaltungen ihres Schultyps haben ihnen in den letzten Jahren bereits erhebliche Anstrengung und Engagement abverlangt. Im

Sinne eines respektvollen Umgangs mit den bisherigen und in Zukunft geforderten Leistungen der PflichtschullehrerInnen der Sekundarstufe I raten wir entschieden folgende Vorgaben im Gesetzesentwurf abzuändern:

**Die Entscheidung, ob SchülerInnen entsprechend ihrem Leistungsniveau zeitweise oder dauernd in SchülerInnengruppen zusammengefasst werden obliegt den SchulleiterInnen.** Wir fordern, dass diese Entscheidung erst nach Rücksprache mit den LehrerInnen erfolgt und fachweise/jahrgangsweise flexibel gestaltet werden kann. FachlehrerInnenteams unterschiedlicher Fächer sollen unterschiedlich verfahren dürfen, um das in den vergangenen Jahren im Zuge der NMS- Entwicklung erworbene Knowhow weiterhin einbringen zu können.

**Der Beobachtungszeitraum nachdem für die SchülerInnen festzulegen ist, nach welchem Leistungsniveau sie zu unterrichten sind, umfasst höchstens 2 Wochen.**

Nachdem die SchülerInnen bereits in der 5. Schulstufe an der Schule unterrichtet wurden, ist der Beobachtungszeitraum nur für Neuzugänge sinnvoll.

**SchülerInnen, denen zugetraut wird, dem Unterricht auf Standard-AHS-Niveau folgen zu können sind unverzüglich auf diesem zu unterrichten. SchülerInnen, die dort mit Nicht genügend zu beurteilen wären, sind unverzüglich auf Standard-Niveau zu unterrichten.**

Wir unterstützen diese Maßnahme, weil dadurch sinnvolle pädagogische Schritte im Interesse der SchülerInnen rasch gesetzt werden können.

**Der Gesetzesentwurf regelt die Möglichkeit nach der Erseinstufung eine Aufnahmeprüfung für das höhere Leistungsniveau abzulegen.**

Nachdem vorgesehen ist, dass die SchülerInnen jederzeit auf das höhere Leistungsniveau wechseln können, bedeutet das vorgeschlagene Prozedere sinnloser administrativen Aufwand und ist somit zu streichen.

**Zur Ermöglichung eines zeitweisen gemeinsamen Unterrichts von nicht behinderten SchülerInnen und SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf können zeitweise Klassen der Mittelschule und Sonderschulklassen gemeinsam geführt werden.** Wir regen an, dass auch Klassen der AHS- Unterstufe die Möglichkeit

bekommen, gemeinsam mit Sonderschulklassen geführt zu werden.

**Die Neue Mittelschule wird zur Mittelschule:** Diese Maßnahme ist rein kosmetisch. Die Kosten für Gebäudeaufschriften, Stempel, Drucksorten, Logos und anderes sind in Summe beträchtlich. Dieses Geld für SchülerInnen zu verwenden wäre wesentlich sinnvoller.

**Maßnahmen zur Unterstützung von SchulabbrecherInnen**

**Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass SchülerInnen, die in einem freiwilligen 10. Schuljahr die 4. Klasse MS oder PTS nicht abgeschlossen haben, das Recht haben unter bestimmten Bedingungen ein freiwilliges 11. Schuljahr in der MS oder der PTS besuchen dürfen.**

Wir ersuchen diesen Ansatz zu überdenken. 16-Jährige in der Mittelschule zu behalten scheint uns aufgrund des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der SchülerInnen unsinnig. An der PTS wird die Berufsentscheidung sehr gut vorbereitet, was für ältere SchülerInnen große Vorteile bietet.

**Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass SchülerInnen, die ihr 9. Schuljahr an einer weiterführenden Schule absolviert haben unter bestimmten Bedingungen noch ein 10. Schuljahr an der PTS ablegen dürfen.**

Wir befürworten, dass SchülerInnen, die im 9. Schuljahr eine AHS besucht bzw. eine BHS oder BMHS besucht und nicht positiv abgeschlossen haben berechtigt sind, ein freiwilliges 10. Schuljahr zu absolvieren sofern Schulerhalter und Schulbehörde zustimmen.

Wir fordern im Sinne gebotener Gleichbehandlung von SchülerInnen aus BMHS und BMS mit jenen aus der AHS, den nicht positiven Abschluss des 9. Schuljahres als Voraussetzung zu streichen.

Wir regen an, diese Möglichkeiten auf ein 11. Schuljahr zu erweitern, damit Kinder, die durch das in diesem Gesetz angesprochene Sitzenbleiben ab der 2. Klasse VS einen Laufbahnverlust erleben mussten, auch noch zu einem Abschlussjahr mit berufsvorbereitenden Inhalten kommen können. Darüber hinaus schlagen wir vor, für SchülerInnen, die die Aufnahme in eine weiterführende Schule knapp versäumten an den PTS

Übergangsstufen, die auf die weiterführende Schule vorbereiten, einzurichten.

## Evaluierung

***Der Gesetzesentwurf verpflichtet die SchulleiterInnen, die Durchführung von externen Evaluationen einschließlich der Bewertung der Unterrichtsqualität durch die Organe der externen Schulevaluation zu ermöglichen und deren Ergebnisse bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung zu berücksichtigen.***

Wer sind die Organe der externen Schulevaluation? Um diesen Punkt bewerten zu können, benötigen wir zusätzliche Informationen über die Vorhaben. Im Sinne der Schulautonomie braucht es nicht noch mehr Kontrolle von außen.

## Ressourcen

Abschließend bleibt zu bedauern, dass der vorliegende Gesetzesentwurf keine zusätzlichen Ressourcen vorsieht. Die Problemlagen in den Pflichtschulen sind bekannt, werden immer wieder in den Medien präsentiert. Die Herausforderungen häufen sich an manchen Standorten besonders. Wir fordern daher eine transparente bedarfsgerechte und ausreichende Mittelzuweisung an die Schulen. Durch reine Umverteilung wird die mittlerweile prekäre Situation der Pflichtschulen nicht zu lösen sein. Für eine gerechtere Schulfinanzierung empfehlen wir die Orientierung am Modell der Arbeiterkammer Wien, das den zusätzlichen Einsatz von 300 Millionen pro Jahr vorsieht.

***Für die Österreichischen LehrerInnen Initiativen ÖLI-UG***

***Barbara Gessmann-Wetzinger, Renate Brunnbauer, Claudia Astner, Uschi Göttl, Gary Fuchsbauer***

## Thema

### **Erfahrungsberichte aus den Deutschförderklassen/Deutschförderkursen**

Laut der Homepage des Bildungsministeriums: „NeueinsteigerInnen (SchulanfängerInnen und auch QuereinsteigerInnen), die dem Unterricht auf Grund unzureichender Sprachkenntnisse

nicht folgen können, werden ab dem Schuljahr 2018/19 in eigenen Deutschförderklassen unterrichtet.“

Dazu einige kurze Berichte aus der Praxis:

#### **Volksschule**

**1)** Eine Deutschförderklasse (15 Wochenstunden) mit 13 SchülerInnen mit außerordentlichem Status, die noch keine Deutschförderung hatten: 2 Vorschulkinder, 7 Kinder der ersten Klasse, 1 Kind der zweiten Klasse, 1 Kind der dritten Klasse und 2 Kinder der vierten Klasse. Wenn das Ziel sein soll, dass die Kinder aus der Deutschförderklasse kein Jahr verlieren sollen, dann muss in dieser Klasse zusätzlich zum Spracherwerb der Lernstoff der jeweiligen Klassen zumindest ansatzweise durchgenommen werden. Das ist für eine Lehrerin mit Kindern aus 5 Schulstufen kaum zu managen. Die Erfahrung zeigt auch, dass die Kinder (mehrheitlich arabischer Muttersprache) sehr viel Arabisch miteinander reden und sie dadurch der LehrerIn, die ja als Einzige Deutsch spricht, kaum zuhören. Die Mischung in den Klassen mit deutschsprachigen Kindern hat diese Problematik vermieden, da die Vorbildwirkung der deutschsprachigen Kinder die außerordentlichen SchülerInnen zur Nachahmung animierten. Außerdem haben sich in den Pausen sehr schnell spielerische Kontakte zwischen Kindern verschiedener Muttersprachen ergeben. Die Pausen verbringen nun die außerordentlichen SchülerInnen aus der Deutschförderklasse mit keinen deutschsprechenden Kindern. Alle Kinder, die nicht mehr außerordentlich sind, haben jetzt keine Deutsch-Sprachförderung mehr, abgesehen von den Teamstunden und den normalen Förderstunden, in die ja auch Kinder mit deutscher Muttersprache gehen.

**2)** Die Deutschförderklasse besuchen 16 SchülerInnen. Das sind mehr als in der Klasse verbleiben. In der Deutschförderklasse befinden sich 3 unterschiedliche Altersgruppen, was ineffizient ist. Sie sind auch sozial nicht integriert, denn so versäumen sie sehr viel. Diese Kinder würden in der Klasse mehr und besser lernen.

**3)** Wegen Raumnot wird die Deutschförderklasse als Abteilungsunterricht geführt. Der Lärmpegel ist für die Konzentration der SchülerInnen äußerst störend.

4) LehrerInnen für den muttersprachlichen Unterricht müssen offensichtlich aufgrund eines Personalmangels Deutschförderklassen/Deutschförderkurse übernehmen. Die Stunden des muttersprachlichen Unterrichts werden dadurch gekürzt.

5) Die Umsetzung der Deutschförderklasse mit 15 Stunden für jedes Kind mit außerordentlichem Status ist aufgrund organisatorischer Bedingungen gar nicht durchführbar! Auf jeden Fall ist es eine Einsparungsmaßnahme.

Wir sind sehr interessiert und bitten um weitere Berichte aus der Praxis (selbstverständlich auch anonym) auf:

<https://www.oeliug.at/2018/11/14/deutschfoer-derklassen-deutschfoerderkurse-erfahrungsbe-richte> ins Kommentarfeld (Artikel unten) eintragen.



**Susanne Weghofer**  
apflug - Personalvertreterin  
17.IB

## Meinung

### LehrerInnen haben das Recht auf: - Respekt, Anerkennung und Wertschätzung

Der berufliche Alltag von LehrerInnen wird nicht nur durch ein erhöhtes Maß an administrativer Arbeit erschwert, hinzukommen auch noch gesellschaftliche Vorurteile und mediale Geringschätzung.

Viele LehrerInnen sprechen nicht gerne vor Unbekannten darüber, was sie arbeiten. Warum ist das so? Sie haben Angst, dass ihre Arbeit belächelt und als minderwertig anderen Arbeiten gegenüber betrachtet wird. Diese Meinung wird auch in manchen Medien und in bestimmten Gruppierungen durch diffamierende Berichterstattung, vor allem vor und in den Ferien, untermauert. Dadurch wird Neid und Missgunst geschürt.

Wir fordern, dass die Öffentlichkeit die Arbeit aller PädagogInnen anerkennt, dass von Seiten der Medien mit einer wertschätzenden Haltung den LehrerInnen gegenüber objektiv recherchiert wird und dass dadurch die Bevölkerung sie und ihre Arbeit mit Respekt behandelt!

Um in erster Linie die LehrerInnen selbst durch Steigerung und Stärkung ihres Selbstwertgefühls und Selbstbewusstseins zu unterstützen, fordern wir, dass das Fortbildungsangebot für LehrerInnen um kostenlose Schulungen zur Steigerung des Selbstbewusstseins, um Kurse zum Konfliktmanagement und zum Umgang mit schwierigen Eltern erweitert wird und dass diese Themenbereiche vermehrt in der Ausbildung Platz finden. Zusätzlich fordern wir, dass in jedem Bundesland eine eigene unabhängige Presse- und Medienstelle geschaffen wird, deren vorrangige Aufgabe darin besteht, dass sie wertschätzende Berichterstattung über die Arbeit von allen PädagogInnen, beginnend mit der Elementarpädagogik, fördert, unterstützt, generiert und herausgibt. So wird die Einstellung der Öffentlichkeit zur Arbeit aller PädagogInnen nach und nach in eine anerkennende, respektvolle umgewandelt.



**Sylvia Ochmann**  
Lehrerin in einer GTVS

## Referat

### Inklusion in Südtirol

Referat von Franz Lemayr, Inspektor für Inklusion der deutschsprachigen Schulen Südtirols.

Gehört und aufgeschrieben von A. C. am 13.11.2018 in St. Arbogast, Voralberg.

Alles begann 1977. Da war Schluss. Schluss mit den italienischen Sonderschulen. Sie wurden abgeschafft, und die Regelschule musste alle - und zwar wirklich alle - SchülerInnen und Schüler (SuS) aufnehmen. Dass diese Regelschule eine Gesamtschule im besten Sinn war und ist, erwies

sich dabei als überaus günstig. Die zu inkludierenden SuS konnten auf das gesamte Schulsystem verteilt werden. Dies wäre in Ö derzeit gar nicht durchführbar, da die "Inklusion" hierzulande wohl auf die Pflichtschule beschränkt bliebe. Die Vorreiterrolle Italiens in Sachen Inklusion ist unbestreitbar. Österreich kann in dieser Hinsicht noch nicht einmal ein Nachhinken attestiert werden. Wie ist in Italien gelungen, was in Österreich noch nicht einmal begonnen wurde?

Wenn beeinträchtigten Menschen die Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden soll, müssen Ressourcen zur Verfügung gestellt und Rahmenbedingungen geschaffen werden. 600 LehrerInnen kommen in Südtirol in der Inklusion zum Einsatz. Ihr Tätigkeitsfeld ist klar definiert, die Betreuung von Beeinträchtigten Sache aller beteiligten PädagogInnen. Die Kooperation von Fach-/Klassenlehrpersonen, Integrationslehrpersonen und MitarbeiterInnen für Integration ist Grundvoraussetzung für das Gelingen von Inklusion. Bis zu ihrem 16. Lebensjahr sind in Italien alle SuS schulpflichtig, bis sie 18 sind, besteht für sie Ausbildungspflicht. Keine italienische Schule kann eine/n Schüler/in abweisen. Dies gilt auch für die Sekundarstufe II.

Die Lehrkräfte können sich darauf verlassen, dass in einer Klasse mit einem(!) Inklusionskind nicht mehr als 20 Kinder sitzen. Es gibt klare Definitionen von Beeinträchtigungen. Die Schule erstellt eine Funktionsdiagnose, welche nach Zustimmung der Eltern in der Zuerkennung inklusiver Betreuung für das betreffende Kind mündet. Für SchülerInnen mit Entwicklungsstörungen bildet ein klinischer Befund die Grundlage für ihren individuellen Bildungsplan. Sozial-emotional benachteiligte Schüler/innen bekommen einen solchen aufgrund eines Beschlusses aller, das Kind unterrichtenden Lehrkräfte. Zusätzlich erarbeiten die Lehrkräfte gemeinsam mit den Eltern ein funktionelles Entwicklungsprofil für den/die betreffende/n Schüler/in. Auch schwerstbeeinträchtigte SuS - z.B. Wachkoma - werden inkludiert. Eine optimale Infrastruktur an den jeweiligen Schulen ist selbstverständlich. Fünf regionale pädagogische Beratungszentren unterstützen die

Lehrkräfte. Das Südtiroler Schulsystem leidet allerdings unter Lehrkräftemangel und muss 400 nichtausgebildete Personen einsetzen.

Die Art der Beeinträchtigung muss bei der Beurteilung berücksichtigt werden. Schulen sind verpflichtet, diesem Umstand Rechnung zu tragen und können zur Verantwortung gezogen werden. Herr Leymar schildert den Fall einer Schülerin, deren Benachteiligung bei der Matura nicht berücksichtigt wurde, weshalb sie nicht bestand und ein Studienjahr verlor. Ihr wurde Schadenersatz zugesprochen.

Dann beantwortet Herr Lemayr Fragen und zwar offensichtlich mit großer Ehrlichkeit. Zeitaufwand für den individuellen Bildungsplan? - Keine Ahnung, wahrscheinlich in manchen Fällen ein Klacks, in anderen eher aufwändig. Inklusion von sozial-emotional benachteiligten SuS? - Er räumt ein, dass es - sehr wenige Fälle gibt, die nicht gruppenfähig sind. Diese werden therapeutischen Einrichtungen zugewiesen. Die Zahl von SuS mit disziplinären Problemen sei allerdings in letzter Zeit stark angestiegen. Wie viele SuS müssen wiederholen? - Grundschule +/-0, Mittelschule - sehr wenige, in der Sek II wird es selektiver. Gelten dieselben Regelungen, wie in Südtirol in ganz Italien? - Ja. (Das war bei weitem nicht alles!)

Es wurde deutlich, dass Inklusion, wie sie in Südtirol existiert, in Ö derzeit aufgrund des Fehlens einer Gesamtschule nicht möglich ist. Anstelle des emanzipatorischen Geistes, der in Südtirol eine Inklusion ermöglichte, die diesen Namen verdient, spukt in Ö ein Gespenst, das soziale Gerechtigkeit verhindert. Es ist schwarz-blau-türkis gestreift.



**Andreas Chvatal**  
NMS – Lehrer

### Schulpommes oder doch Schulparlament - eine lang gehegte Idee wird Wirklichkeit

Im letzten Schuljahr war es endlich soweit – wir starteten mit einem SchülerInnenparlament an unserer Volksschule!

Die Idee schwirrte seit Jahren in unserem Kopf herum - einen Ort der Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler für die ganze Schule zu schaffen. In einigen Klassen und Nachmittagsgruppen gab und gibt es regelmäßig Klassenrat oder Ähnliches. Unser Wunsch war es, so etwas auch auf Ebene der Schule einzuführen. Im vergangenen Schuljahr machten wir „Nägeln mit Köpfen“ und setzten die Idee endlich um:

1. Schritt: Eva, eine Lehrerin, fragte zwei Lehrerinnen, einen Nachmittagsbetreuer und eine Nachmittagsbetreuerin, ob sie sich vorstellen könnten, das Projekt zu begleiten.
2. Schritt: Wir erzählten in der ersten Konferenz im Schuljahr kurz, dass wir vorhaben ein Kinderparlament zu machen. Die Idee wurde von den KollegInnen zur Kenntnis genommen. Niemand war dagegen, also machen wir es – war unsere Schlussfolgerung.
3. Schritt: Termine finden – klingt vielleicht komisch, aber das ist nicht so leicht an einer Schule mit Nachmittagsbetreuung, wo es nie eine Stunde gibt, wo wir alle vier Zeit haben. Wann können wir besprechen, ohne dass eine Klasse oder Gruppe unbesetzt ist? Wann kann das Parlament stattfinden, so dass Kinder aus allen Klassen und allen Nachmittagsgruppen und auch wir BegleiterInnen dabei sein können? Aber auch das ließ sich lösen. Unser Termin für das Schulparlament wurde Freitag 4. Stunde.
4. Schritt: Erste Besprechung des Projektteams: Zwei FreizeitpädagogInnen und zwei Lehrerinnen saßen zusammen und überlegten, wie wir das jetzt konkret angehen wollten. Aus jeder der 13 Klassen und jede der 9 Nachmittagsgruppen sollte jeweils ein Kind ins Kinderparlament

kommen. Die Sitzungen fanden alle 2 Monate am Freitag in der 4. Stunde statt.

5. Schritt: Es gab einen Brief an alle Klassenlehrerinnen und FreizeitpädagogInnen mit der Bitte, eine Vertreterin oder einen Vertreter aus ihrer Gruppe zu wählen. Zu unserer Freude bekamen wir viele positive Rückmeldungen von unseren KollegInnen! Das motivierte uns noch mehr, weiterzumachen. Da gerade die Nationalratswahl vor der Tür stand und unsere Schule Wahllokal war, vereinbarten wir mit der Schulwartin, dass wir am Tag nach der Wahl eine Wahlkabine benützen durften. Das machte die Wahl zu einem besonderen Erlebnis für die SchülerInnen. Außerdem legten wir die genauen Termine der Sitzungen fest und teilten sie den Lehrerinnen mit, damit sie sie bei ihrer Unterrichtsplanung (z. B. Ausflüge) berücksichtigen konnten.



#### Erste Sitzung:

Im Oktober war es endlich so weit: die erste Sitzung des Schulparlaments konnte beginnen! Für jedes Kind stand ein Sessel in einem großen Kreis bereit, am Boden vor jedem Sessel lag ein Zettel mit dem Namen des Kindes. Von jedem eintreffenden Kind machten wir ein Foto für den Parlamentsausweis, den jedes Kind bei der 2. Sitzung bekam. Dann suchten sie sich ihren Platz. Die Kinder trudelten nach und nach ein. Es war erstaunlich ruhig im Raum - die Kinder waren stolz, neugierig, aufgeregt - und auch wir Erwachsene spürten aufgeregtes Kribbeln: wie wird es werden, wie werden die Kinder unsere Idee aufnehmen?

Als alle da waren, machten wir eine **Vorstellungsrunde**. Dabei wurde ein Redestab weitergegeben.

Danach baten wir die Kinder, sich zu überlegen, **was ihnen an unserer Schule gefällt** und jeweils eine Sache davon zu sagen. Es entstand ein sehr schönes Bild von den positiven Aspekten unserer Schule.

Dann erklärten wir, was hier im SchülerInnenparlament passieren soll: Wir würden uns regelmäßig treffen und Dinge besprechen, die den Kindern wichtig sind und die die ganze Schule betreffen. Die Kinder bekamen zwei Aufträge bis zur nächsten Sitzung: die Ohren offen zu halten und zu sammeln, welche Wünsche es in ihrer Gruppe/Klasse gibt, und sich einen Namen für das Schulparlament zu überlegen. Das war es schon, die erste Sitzung war vorüber.

#### **Ablauf der weiteren Sitzungen:**

Insgesamt trafen wir uns sechs Mal im letzten Schuljahr. Folgender Ablauf hat sich bewährt:

- **Berichte darüber, was sich seit dem letzten Treffen getan hat**

Zum Beispiel waren einige Kinder beim Direktor der Neuen Mittelschule, um mit ihm Probleme der VolksschülerInnen mit den MittelschülerInnen zu besprechen und berichteten davon. Oder: In einer Sitzung gab es Beschwerden über das Mittagessen. 2 SchülerInnen erklärten sich bereit einen Brief an das Cateringunternehmen zu schreiben. Bei der darauffolgenden Sitzung wurde der Brief vorgelesen, einige Passagen geändert und von den VertreterInnen der Nachmittagsgruppen unterschrieben. Wieder eine Sitzung später wurde der Antwortbrief des Unternehmens vorgelesen und die weitere Vorgehensweise besprochen. Bei der zweiten Sitzung brachten die Kinder Vorschläge für einen Namen mit, die wir sammelten und dann abstimmten. Nach der ersten Abstimmung lagen „Schulparlament“ und „Schulpommies“ vorne. Zwischen diesen beiden Namen gab es eine weitere Abstimmung, bei der „Schulparlament“ die meisten Stimmen hatte.

- **Besprechen von Punkten, die sich in der letzten Sitzung zeitlich nicht mehr ausgegangen sind**

- **Sammeln von neuen Anliegen, die die VertreterInnen seit der letzten Sitzung gesammelt haben**



#### **Das „Drumherum“:**

##### **Besprechungen des Projektteams:**

Nach jedem Schulparlament traf sich das Projektteam, besprach die letzte Sitzung und legte fest, was bis zur nächsten Sitzung zu tun war (z. B. Brief abschicken, etwas mit dem Direktor abklären, Termin finden, an dem die Kinder, die sich gemeldet hatten, einen Brief schreiben könnten...) und was bei der nächsten Sitzung besprochen werden sollte.

##### **Pinwand**

Wir suchten nach einer Möglichkeit, alle in der Schule darüber am Laufenden zu halten, was im Schulparlament gerade Thema war (Transparenz). Dafür stellten wir eine Pinwand an einer zentralen Stelle im Schulhaus auf, an der alle immer wieder vorbeikamen. Dort hingen wir das Protokoll der letzten Sitzung auf, dazu ein Heft mit den eingeklebten Protokollen der vergangenen Sitzungen, ein Gruppenfoto der VertreterInnen, unsere Briefe und die Antworten darauf und eine Box, in die Artikel für die SchülerInnenzeitung eingeworfen werden konnten.

##### **Kurzprotokoll**

Bei einem Treffen der FreinetpädagogInnen stellten wir einer Gruppe von interessierten KollegInnen unser Projekt vor. Dort kam die Frage auf, wie die Informationen aus den Parlamentsitzungen in die Klassen und Gruppen kommen. Aus der Diskussion darüber entstand die Idee, ein Kurzprotokoll mit den Punkten, die besprochen wurden, zu schreiben und den VertreterInnen aus den Gruppen/Klassen in den Tagen nach der Sit-

zung zu geben. So hatten die Kinder eine Erinnerungshilfe, wenn sie von der letzten Sitzung erzählten. Das funktionierte gut und wurde von Kolleginnen als hilfreich rückgemeldet.

### **Gäste**

Für KollegInnen gab es die Möglichkeit, bei einer Sitzung zuzuschauen. Wir baten darum, dass sich die Kolleginnen vorher anmeldeten und setzten sie in die „2. Reihe“.

### **Rolle der Erwachsenen**

Die Moderation der Sitzungen, die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen, das Schreiben der Protokolle, das Unterstützen der Kinder beim Verfolgen ihrer Anliegen..

Hier überlegten wir, ob diese Aufgaben die Kinder übernehmen könnten, wie wir es beim Klassenrat in unseren Klassen machen. Wir beschlossen, dass im ersten Jahr auf jeden Fall wir moderieren und Protokoll schreiben sollten, weil es sich um eine Gruppe handelte, die sich nur sechs Mal im Jahr traf, deren Kinder zwischen sechs und zehn Jahre alt waren und in der viele Kinder keinen Klassenrat kannten.

### **Was hat es für die Schule gebracht?**

Aus den Anliegen der Kinder und den sehr ernsthaften Diskussionen der Kinder entstanden einige konkrete Projekte:

- ein Stationentag für die ganze Schule
- eine Schulzeitung „Zennerpresse“ (der Name leitet sich aus dem Namen der Volksschule Zennerstraße her)
- eine Wasserrutsche am Sportplatz für heiße Tage
- ein Briefwechsel mit dem Cateringunternehmen über die Qualität der Schulessens, der mit dem Angebot des Caterers endete, dass VertreterInnen des Unternehmens an die Schule kommen, um mit den Kindern über das Schulessen zu sprechen. Dieses Treffen fand statt, es war ein guter Austausch beider Seiten.
- Diskussionen über Sauberkeit im Schulhaus, Lärm, genügend Zeit für die Hausübungen, Aufsichtspflicht und Selbständigkeit u.v.m.

Viel wichtiger als die konkreten Projekte ist aber, dass die Kinder erleben konnten, dass es Raum gibt, ihre Anliegen einzubringen. Sie bekamen nicht nur die Möglichkeit, ihre Ideen und Beschwerden einzubringen, sondern auch Zeit, sie zu diskutieren und gemeinsam an der Umsetzung

von Ideen oder an der Verbesserung von Situationen zu arbeiten. Sie erlebten unterschiedliche Reaktionen von EntscheidungsträgerInnen auf das Äußern ihrer Wünsche. Sie erfuhren, dass es möglich ist, Veränderungen herbeizuführen, dass aber auch Arbeit oder langen Atem erfordert. Manchmal gibt es auch Gesetze, an die sich alle halten müssen und die nicht so einfach geändert werden können, oder die Erwachsenen sitzen einfach am längeren Ast.

Wir OrganisatorInnen des Schulparlaments lernten im ersten Jahr, dass das Schulparlament öfters tagen sollte. Das Projekt braucht Zeit (ca. 6 Stunden pro Sitzung: Besprechungen, Protokolle tippen, kopieren,...), die wir unterschätzt hatten; das wird wohl für die Lehrerinnen ein Teil des „C-Topfs“ werden. Und wir müssen aufpassen, dass im Schulparlament wirklich nur die Ideen der Kinder besprochen werden und nicht Erwachsene ihre Themen den VertreterInnen „mitgeben“.

Bei der letzten Sitzung baten wir die Kinder, einen kurzen Fragebogen auszufüllen, um herauszufinden, wie das Schulparlament für sie war. Auch die Lehrerinnen und NachmittagsbetreuerInnen bekamen Fragebögen. Die Meinung auf allen Fragebögen deckte sich mit unserer- das Schulparlament tut der Schule gut! Wir werden weitermachen!

**Dagmer Schöberl, Eva Neureiter**

OVS 14., Zennerstraße 1, 1140 Wien

## **Termine**

**Samstag, 15. Dezember, 14:00**  
**U3/U6 Westbahnhof, Christian-Broda-Platz**



## Fachtagung Freinetpädagogik Österreich 2019 "Nur die Praxis verändert die Wirklichkeit"

Die nächste Fachtagung Freinetpädagogik Österreich (vormals „Freinet-Ostertreffen“) findet von **Freitag, 12. April 2019 bis Dienstag, 16. April 2019** im Schloss Zeillern bei Amstetten (NÖ) statt. Wir laden euch alle herzlich zu pädagogischen Diskussionen und kreativem Arbeiten ein.

Folgende Langzeitateliers haben wir schon in Planung (Sa - Mo 9:30 - 12:30 Uhr):

- **Die Welt verstehen – von naiver Theorie zur Praxis oder von der Praxis zur Theorie** mit RADIM TOBRMAN
- **Organisatorische Rahmenbedingungen im Schulalltag - zwischen freier Wahl und Lehrplan - das individualisierte Lernen in Lernzyklen statt Wochenplänen - Freinet-Pädagogik und mehr in der Praxis** mit EVA OBERNBERGER
- **Flechtatelier: Einmal vor, dann nach hinten und wieder rundherum** mit RUDI SCHWARZENBERGER

- **Techniken der Freinetpädagogik in der Praxis mit ILKA LECHNER:** Bring deine Lieblingsidee mit und gehe mit einem Rucksack voller Ideen wieder weg.
- **Outdoor mit CLEMENS OBERNBERGER**
- **Geographie-Outdoor-Atelier mit INGE SCHIERER**
- **Offenes Kreativatelier mit GABI KOHLGRUBER**
- **Stop-Motion-Filme mit BABEL KNABEL**

An den Nachmittagen (14:00-17:00) wird es **Kurzzeitateliers** geben. Diese werden wir auf der Fachtagung einteilen.

Alle weiteren Infos zu den Ateliers, zur Anmeldung, den Kosten unter:

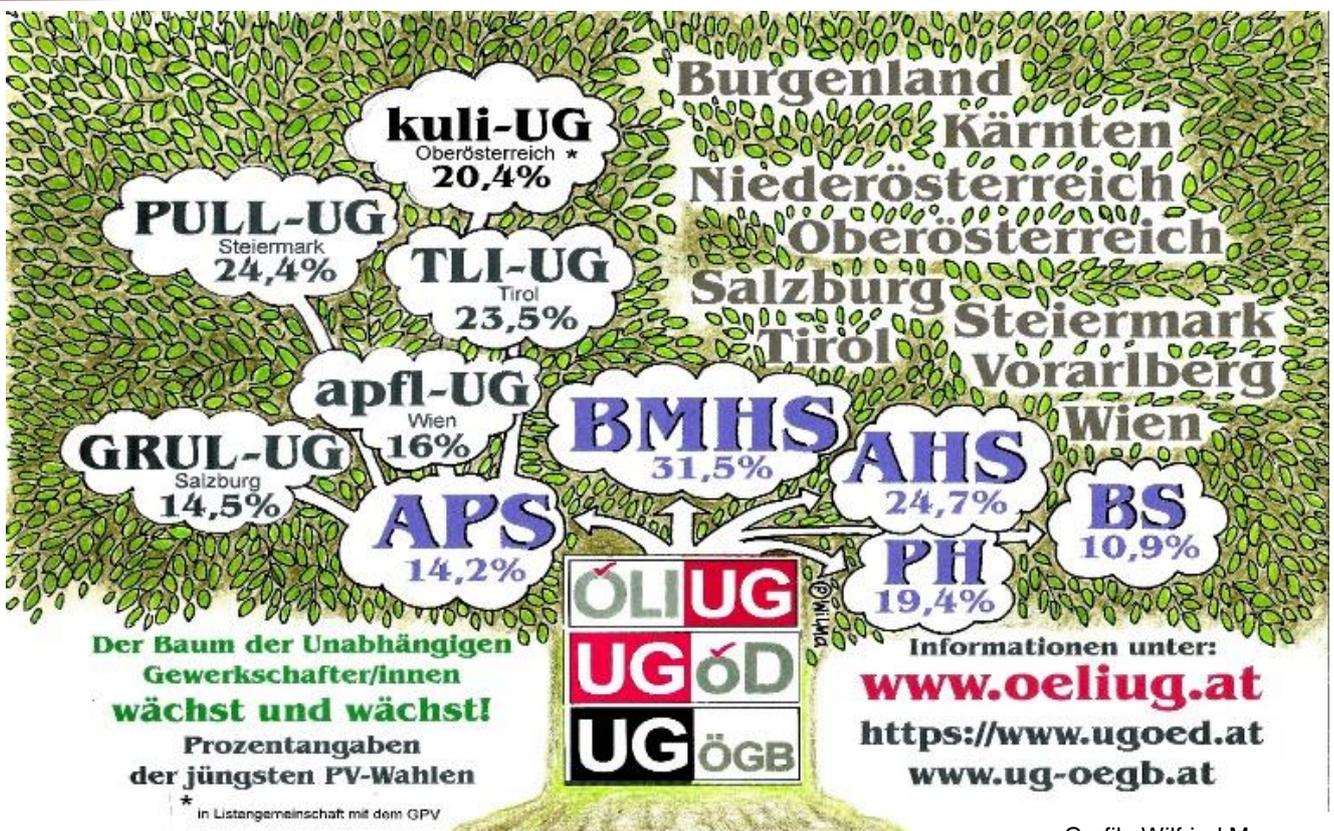
<https://freinetgruppewien.wordpress.com/>

Bei Fragen zur Fachtagung Freinetpädagogik 2019 bitte ein mail an:

[ft\\_freinet\\_2019@aufdraht.org](mailto:ft_freinet_2019@aufdraht.org)



**Eva Neureiter**  
(für das Organisations-  
team/Freinetgruppe Wien)



Grafik: Wilfried Mayr

# apflug - MandatarInnen



## Gabriele Bogdan

Personalvertreterin 6.IB.  
Mitglied im ZA  
gaby.bogdan@aon.at  
Tel: 0660/7697586



## Helmut Breit

Personalvertreter 4.IB.  
helmut.breit@gmx.at  
Tel: 0680/1124554



## Elisabeth Hortensky

Personalvertreterin 4.IB.  
issi@gmx.at  
Tel.: 0699/17861239



## Gabriele Leitner

Personalvertreterin 4.IB.  
gabriele.leitner@chello.at  
Tel: 01/8923541/211



## Trixi Halama

Personalvertreterin 5.IB.  
bearix.halama@gmail.at  
Tel: 0699/19232800



## Markus Strickner

Personalvertreter 6.IB.  
markus.strickner@apflug.at  
Tel: 0680/1173485



## Martin Muck

Personalvertreter 7.IB.  
martin.muck@chello.at



## Wanda Grünwald

Personalvertreterin 9.IB.  
wandaott@yahoo.com



## Michaela Pollak

Personalvertreterin 16.IB.  
m.pollak@juniorhighschool.at  
Tel.: 01/8697623/224



## Ilse Seifried

Personalvertreterin 17.IB.  
i.m.seifried@aon.at  
Tel: 01/4925760



## Susanne Weghofer

Personalvertreterin 17.IB.  
sweghofer@yahoo.de  
Tel.: 0699/81105762



## Barbara Weichinger

Personalvertreterin 17.IB.  
barbara@weichinger.info  
Tel.: 0681/10853590



## Ulli Balassa

Personalvertreterin 17.IB.  
u.balassa@chello.at  
Tel: 0699/16601560



## Andreas Gusel

Personalvertreter 18.IB.  
a.gusel@apflug.at  
Tel.: 0681/20302363



## Claudia Astner

Personalvertreterin 18.IB.  
c.astner@apflug.at  
Tel.: 0650/2468105



## Petra Jann

Personalvertreterin 17.IB.  
pja@gmx.at



## Elisabeth Klingler

Personalvertreterin 18.IB.  
elisabeth.klingler@chello.at



## Jaroslav Skoda

Personalvertreter 18.IB.  
jaroslav.skoda@gleichklang.at  
Tel.: 01/4000569905



## Stefanie Lernet

Personalvertreterin PTS  
slernet@yahoo.de

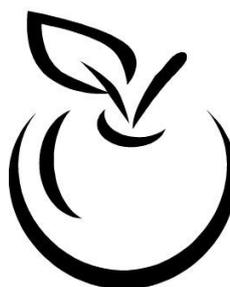


## Katrin Winkelbauer

Personalvertreterin 18.IB.  
katrin.winkelbauer@chello.at  
Tel: 0664/35 13 139

### Impressum:

Offenlegung gemäß §23 des Mediengesetzes.  
Herausgeber: ÖLI-UG Landesgruppe Wien - apflug. Medieninhaberin und für den Inhalt verantwortlich:  
Gabriele Bogdan, 2484 Weigelsdorf, Schotterweg 14  
[gaby.bogdan@aon.at](mailto:gaby.bogdan@aon.at)  
Redaktionelle Betreuung und Layout: Helmut Breit  
[helmut.breit@gmx.at](mailto:helmut.breit@gmx.at)



## apfl-ug

aktive pflichtschullehrerInnen  
unabhängige gewerkschafterInnen

**Die demokratische Alternative**  
in Personalvertretung und Gewerkschaft  
der Wiener PflichtschullehrerInnen

[www.apflug.at](http://www.apflug.at)